

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig halbjährlich 1,50 Mk. monatlich 16.— Mk., vierteljährlich 45.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 5.— Mk., von auswärts 7.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 15.— Mk., von auswärts 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3990.

Nr. 105 | Freitag, den 5. Mai 1922 | 13. Jahrgang

Umfall des Bürgerblocks in der Verfassungsfrage.

Der Standpunkt der Sozialdemokratie unverändert.
Nach den bisherigen häufigen Deklamationen der bürgerlichen Parteien über das Selbstbestimmungsrecht Danzigs hätte man anzunehmen müssen, daß sie den eigenartigen Schritt des Oberkommissars Haking in der Verfassungsfrage ganz energisch zurückweisen würden. Als gestern im Volkstag die Parteien zu dem Schreiben des Oberkommissars Stellung nahmen, zeigte sich aber das gerade Gegenteil. Daß die Polen sich mit der Haking'schen Ansicht einverstanden erklärten, ist schließlich noch zu begreifen. Deutschnationale, Deutsche Partei und Zentrum aber machten einige Nebenarten von den „souveränen Rechten des Danziger Volkes“, um sich dann der Ansicht des Oberkommissars anzuschließen, daß eine qualifizierte Mehrheit für diese Verfassungsänderung nicht notwendig sei. Damit hat der Bürgerblock seinen bisherigen Standpunkt in der Frage völlig aufgegeben, und angesichts dieses Verhaltens war die Frage des Abgeordneten Matzschewitz durchaus nicht unberechtigt, ob der Oberkommissar zu seinem Schritt nicht von Danziger Seite ermutigt worden ist. Einen beachtenswerten Vorschlag machten die Kommunisten, die Verfassungsfrage durch einen neu zu wählenden Volkstag entscheiden zu lassen. Dafür aber ist der Bürgerblock nicht zu haben, da ihm vor einer Volksabrechnung bange ist.
Für die Sozialdemokratie gab Genosse G. C. H. folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Fraktion steht im Gegensatz zu der in der Entscheidung des Oberkommissars zum Ausdruck gebrachten Auffassung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Verfassung durch Beschluß des Völkerbundes vom 22. Juni 1921 provisorisch in Kraft gesetzt worden ist, soweit ihre Änderung nicht vom Völkerbund ausdrücklich gefordert wird. Eine Änderung des Artikel 48 ist aber bisher nicht gefordert worden. Dieser Artikel, der Beschlässe des Volkstages auf Änderung der Verfassung von einer Zweidrittelmehrheit abhängig macht, ist gleichfalls provisorisch in Kraft gesetzt worden. Diesen Standpunkt hat auch der gesamte Volkstag bei den Abstimmungen am 10. Dezember 1921 und am 4. April 1922 ohne Widerspruch von irgendeiner Seite eingenommen. Von ihm abzugehen, liegt selbst in Anbetracht der Gründe der Entscheidung des Oberkommissars vom 25. April 1922 keine Veranlassung vor. Der Oberkommissar übersieht dabei, daß Artikel 48 der Danziger Verfassung mit Beschluß des Völkerbundes vom 22. Juni 1921 provisorisch ebenfalls in Kraft gesetzt ist. Mit Rücksicht auf diesen Beschluß entbehrt seine Ansicht, daß es sich hier nicht um eine Verfassungsänderung, sondern um die nach Artikel 108 des Versailler Vertrages vorzunehmende Ausarbeitung der Verfassung handele, jeder rechtlichen Grundlage. Daß die Ausarbeitung bereits durch Beschluß der Verfassungsgebenden Versammlung vom 11. August 1920 vollendet ist, hat der Völkerbund durch die provisorische Inkraftsetzung der Verfassung anerkannt. Wäre dagegen die Ansicht des Oberkommissars richtig, dann würde der jetzt amtierende Senat, ebenso wie der frühere Staatsrat jederzeit durch Verfügung des Oberkommissars abberufen werden können, auch wenn er noch das Vertrauen der Volkstagsmehrheit besäße, eine Auffassung aber, die zu solchen Schlussfolgerungen führt, muß im Interesse der Souveränität des Danziger Volkes mit Entschiedenheit abgelehnt werden.

Den schärfsten Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion fordert heraus, was der Oberkommissar zu 2 und 4 seiner Entscheidung sagt. Er hält sich dort für befugt, darüber zu entscheiden, wen er als ordnungsmäßig berufene Vertreter der Freien Stadt Danzig gelten lassen soll. Diese Meinungsäußerung muß als unmittelbarer Angriff auf die Rechte des souveränen Danziger Volkes angesehen werden. Dagegen hat bereits durch die am 18. Mai 1920 auf Anordnung des Oberkommissars Sir Reginald Lomer vorgenommenen ordnungsmäßigen Wahlen darüber entschieden, wer die ordnungsmäßig berufenen Vertreter des Danziger Volkes sind. Diese Entscheidung ist außerdem durch den damaligen Oberkommissar Lomer namens des Völkerbundes in der Weise offiziell anerkannt worden, daß er die Verfassungsgebende Versammlung in der Sitzung vom 14. Juni 1920 in feierlichster Form eröffnete. Eine weitere Anerkennung des jetzigen Volkstages als berufenen Vertreter der Freien Stadt erfolgte in der Sitzung vom 18. November 1920 durch den stellvertretenden Oberkommissar Strutt. Schließlich hat auch der Völkerbund selbst die Vertretungsbefugnis des Volkstages durch seinen Beschluß vom 22. Juni 1921 in der Weise anerkannt, daß er die Verfassung einschließlich des hier in Betracht kommenden Artikels 116 provisorisch in Kraft setzte. Hiernach bleibt für eine Entscheidung des jetzigen Oberkommissars über diesen Punkt, wie sie in Nr. 4 seiner vorliegenden Entscheidung enthalten ist, kein Raum.
Schließlich muß hervorgehoben werden, daß die Angelegenheit, die der Oberkommissar durch seine Entscheidung zu 4 und 5 zu regeln wünscht, bereits durch das Abstimmungs-

ergebnis vom 4. April d. J. erledigt worden ist, vorausgesetzt natürlich, daß seine Auffassung richtig wäre. In dieser Sitzung nämlich hat sich die einfache Mehrheit des Volkstages bei beschlußfähigem Hause schon im Sinne der in der Resolution des Völkerbundes vom 22. Juni 1921 bekanntgegebenen Änderung dahin geeinigt, daß die Amtsdauer der hauptamtlichen Senatoren auf 4 Jahre festgesetzt wird. Dieses Abstimmungsergebnis würde also — immer vorbehaltlich der angeordneten Voraussetzung — eine ausreichende Grundlage für die Annahme der Verfassung durch den Oberkommissar bilden können. Eine weitere Beschlußfassung des Volkstages in dieser Angelegenheit würde sich dementsprechend erübrigen.

Die sozialdemokratische Fraktion erhebt jedoch auf Grund ihrer entgegengeetzten, oben dargestellten Rechtsauffassung gegen eine derartige Behandlung dieser für das Wohl des Danziger Volkes so außerordentlich wichtigen Angelegenheit feierlichst Protest. Sie ist der Ansicht, daß die vom Oberkommissar geforderte Verfassungsänderung gemäß Art. 48 der provisorisch in Kraft gesetzten Verfassung durch die am 4. April 1922 vorgenommene Abstimmung endgültig erledigt ist, weil die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erzielt werden konnte. Aus diesem Grunde ist auch die wiederholte Abstimmung unzulässig, weil eine solche nur vorgesehen ist für den Fall, daß in der ersten Endabstimmung die erforderliche Mehrheit auswesend waren bzw. gestimmt haben. Die sozialdemokratische Fraktion steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein hauptamtlicher Senat selbst dann abgelehnt werden muß, wenn er auch nur auf die Dauer von 4 Jahren gewählt wird, weil sich eine volle Verantwortlichkeit des Senats nur dann durchführen läßt, wenn er jederzeit zum Rücktritt verpflichtet ist, sobald ihm das Vertrauen durch Mehrheitsbeschluß des Volkstages entzogen wird.

Kommunistische Värmzonen im Preußenparlament.

Gestern kam es im preussischen Landtag zu heftigen Värmzonen der Kommunisten, die nach wenigen Minuten zu einer Aushebung der Sitzung führten. Der Kommunist Kay meldete sich zur Geschäftsordnung und bemängelte mit provokatorischen Ausfällen gegen den Präsidenten Veinert und den Minister des Innern Severing, daß das Haus von Schuppolzet bewacht werde. Während der Redner unter großem Lärm des Hauses noch sprach, erschien Oberst Kaupisch an der Regierungsbank und versuchte, dem Minister Severing eine Mitteilung zu machen. In diesem Augenblick stürzten die Kommunisten mit Riesenschritten von ihren Plätzen ganz links nach der ganz rechts gelegenen Regierungsbank und schrien auf Oberst Kaupisch ein, er solle sich sofort hinausziehen. Dieser Vorgang war von einem Beifallsgehul der gesamten äußersten Reihen und von einem Entrüstungssturm des übrigen Hauses begleitet. Der Kommunist Paul Hoffmann schaute den Oberst Kaupisch an den Rockausfälligen. Der streifte ruhig lächelnd die Hand ab. Die Kommunisten suchten ihn nun langsam dem Ausgang zuzudrängen. Oberst Kaupisch wandte sich dann aber entschlossen der Regierungsbank zu und setzte sich auf einen Stuhl. Inzwischen waren Haufen von Mitgliedern der Rechten ebenfalls auf die Regierungsbank gedrungen und drängten die Kommunisten zurück. Das alles vollzog sich unter einem ungeheuren Lärm. Auch der Abgeordnete Kay entfernte sich von seinem Platz auf der Rednertribüne und beteiligte sich an der Drängelei. Präsident Veinert vertagte, angesichts der Unmöglichkeit, die Sitzung weiter fortzuführen, die Sitzung um 15 Minuten. Während der Pause setzte sich das Gedränge der Abgeordneten verschiedener Richtungen und einer Anzahl Minister an der Regierungsbank unter ungeheurem Lärm fort.

Bei der Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Präsident Veinert, ihm sei bekannt, daß in der Sitzung des Hauses Schupo angesammelt sei. Außerhalb des Hauses habe der Landtagspräsident aber nicht die Möglichkeit, gegen die Polizei etwas zu unternehmen. Er habe Anweisung gegeben, daß kein Schupo-beamter in das Haus gelassen werde. Der Zwischenfall im Hause stelle alles in den Schatten, was bisher im Landtage vorgekommen sei. (Lärm bei den Kommunisten.) Angesichts der Vorgänge, die sich unter Führung des Abgeordneten P. Hoffmann und Schulz-Neukölln abgespielt hätten, könne er nur an alle Abgeordnete die Bitte richten, ihrerseits das zu tun, was die Ordnung des Hauses verlange. (Beifall bei der Mehrheit.) Wenn das nicht gelänge, müsse er von allen geschäftsmäßigen Mitteln den strengsten Gebrauch machen. (Beifall bei der Mehrheit, Lärm bei den Kommunisten.)
Hiernach trat das Haus in die Beratung der Interpellation betr. die Vorgänge vor dem Berliner Rat- haufe ein.

Die Reparationskommission zum deutsch-russischen Vertrag.

Die Reparationskommission hat geprüft, ob der deutsch-russische Vertrag im Widerspruch zu den Reparationsforderungen der Entente steht. Nach Beendigung ihrer Feststellungen hat die Kommission nun an die deutsche Regierung eine Note gerichtet, in der sie sich zum Kontrollorgan über die deutsch-russischen Beziehungen aufwirft. In der Note heißt es:
In Artikel 1 des Vertrages von Rapallo verzichtet die deutsche Regierung auf alle Ansprüche bezüglich der Anordnungen und der Gesetze und Maßnahmen der Sowjetrepublik, welche die deutschen Reichsangehörigen, ihre privaten Rechte, die Rechte des Reiches oder die der deutschen Länder betreffen haben. Die Reparationskommission bemerkt dabei, daß die deutsche Regierung nicht auf Rechte verzichtet kann, welche von dieser Regierung auf die Reparationskommission gemäß Artikel 260 des Versailler Vertrages übertragen worden sind oder übertragen werden müssen. Um jeden Zweifel in dieser Beziehung auszuschließen, bittet die Reparationskommission die deutsche Regierung, ihr dies zu bestätigen.

Angesichts der Tatsache, daß der Vertrag abgeschlossen wurde, ohne daß die Ansicht der Kommission vorher eingeholt worden wäre, glaubt sich die Kommission zu der Annahme berechtigt, daß für das Budget des Reiches keine neue Belastung infolge des Vertrages geplant ist, sei es beispielsweise durch Entschädigungen an deutsche Reichsangehörige, sei es durch Garantien oder durch Subventionen, deren Gewährung zum Zweck der Beteiligung am Wiederaufbau Rußlands in Aussicht genommen wurde. Die Kommission wäre für ausdrückliche Versicherungen über diesen Punkt dankbar.

Bei voller Anerkennung der Anstrengungen, die die deutsche Regierung zur Mitwirkung am wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands und zur Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu machen beabsichtigt, behält sich die Kommission das Recht vor, von Zeit zu Zeit die Wirkungen zu überprüfen, die sich aus der Durchführung des Vertrages von Rapallo ergeben, und alle Maßnahmen zu treffen, welche die Befürchtungen wünschenswert erscheinen lassen sollten, um ihre Rechte und die Interessen der genannten Mächte zu schützen.

Eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler Wirth und Lloyd George.

Lloyd George hatte gestern den Reichskanzler Wirth zu sich gebeten und mit ihm sowie dem Minister des Äußeren Rathenau eine längere Aussprache. Die Berliner Blätter messen der Unterredung große politische Tragweite bei. An der Aussprache, die den Charakter einer förmlichen Sitzung trug, nahmen auf englischer Seite noch Lord Birkenhead, Sir Borthington Evans und Sir Maurice Hanley teil. Bei der Besprechung wurden alle Probleme berührt, die bisher die Konferenz beschäftigt haben. Der Reichskanzler schilderte ausführlich in sehr eruster Darlegung die Situation in Deutschland und äußerte im Zusammenhang damit seine Absicht, nach Berlin zu reisen. Lloyd George bewog darauf in eindringlicher Weise den Reichskanzler, die Abreise nach Berlin aufzuschieben, was dieser, nach den Berichten der Blätter, auch zugesagt haben soll. Es wurde schließlich verabredet, die Aussprache in einigen Tagen unter Hinzuziehung des französischen Delegierten Barthou nach dessen Rückkehr fortzusetzen. Im Anschluß an die Besprechung mit der englischen Delegation hatte Dr. Rathenau eine Unterredung mit dem italienischen Minister des Äußeren Schanzer.

Sonderabkommen mit Rußland.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ schreibt aus Genua, es sei sehr wahrscheinlich, daß Großbritannien und Italien sowie alle andern Länder, die sich ihnen anschließen wollten, ihre eigenen Vereinbarungen mit Rußland treffen. Der Berichterstatter hatte eine Unterredung mit Tschitscherin, in der dieser erklärte, es sei für die Sowjetregierung unmöglich, Kompensationen für beschlagnahmtes ausländisches Eigentum zuzulassen. Der Berichterstatter des „Daily Herald“ in Genua drahtet, das Alliiertenmemorandum könne von den Russen nicht angenommen werden.

Die Gründung eines republikanischen Reichsbundes in Deutschland.

Am 20. und 21. April hat in München die erste Tagung des republikanischen Reichsbundes stattgefunden. Der freudigste Erfolg am 20. April mehrere tausend Menschen im großen Saal der Stadt. Die Konferenz führte zu dem Ergebnis der Vereinigung aller bis jetzt bestehenden republikanischen Organismen zu dem gemeinsamen Epochenverband des republikanischen Reichsbundes. Beschlissen wurde: Einleitung eines einheitlichen republikanischen Abzeichens für das ganze Reichsgebiet. Publikation eines republikanischen Organ und Herausgabe einer Bundeszeitung. Der Sitz des Bundes bleibt in Weimar, Propagandazentrale in München, Pressestelle Berlin, Sitz des Reichsbundes Berlin, Sitz des Bundesrates Freiburg i. Br., Am 21. Aug. finden in allen größeren Städten Versammlungen statt. Die Reichskonferenz 1923 wird in Frankfurt a. M. abgehalten. Telegramme waren eingelaufen vom Reichspräsidenten Ebert, Reichskanzler Brüning, Bundeskanzler a. D. Neuner-Mien und von vielen Landesregierungen, die auch mit Ausnahme Bayerns Delegationen entsandt hatten. Zum Bundespräsidenten wurde wieder der ehemalige Reichspräsident Dr. Brüning gewählt. Das Hauptreferat erhaltete Staatsminister a. D. Dr. Preuß. Er wies nach, wie die Wurzeln des deutschen Volkstums in ihrem idealen Wesen, vor allem in der großdeutschen Einheitsbewegung der 48er Jahre aufzufinden sind. Die Würdeworte unseres Volkes wieder zu beleben, sei die Aufgabe des republikanischen Reichsbundes. Das alte System habe keine lebendigen Tragfähigkeiten mehr besessen, als es zusammenbrach. Kein vernünftiger Mensch glaube mehr daran, daß sich ein restauriertes Haus Mittelalters oder ein restauriertes Haus Hohenzollern herstellen ließe. Das würde wohl auch eine Volkshemmung bewirken. Die Erhaltung der deutschen Republik sei eine nationale und internationale Notwendigkeit und die heiligste Pflicht des deutschen Volkes. Dr. Ludwig Duldbe sprach sich über die Bedeutung der Demokratie und Republik für den Völkerverfrieden aus. Er habe zwar die Führung der bayerischen Demokraten verloren. Sein Trost aber sei die anwachsende demokratische Jugend, die ihm kürzlich in Augsburg wieder von neuem angehaftet habe. Genosse Dr. Schöngauer beschrieb den Charakter der republikanischen Propaganda in Bayern, die Unterwerfung des Kahr-Poerner-Regimes mit Hilfe der bayerischen Arbeiterpartei den Pseudo-Freistaat Bayern systematisch umgestalten müsse zu einer Arbeiter- und Bauernrepublik nach dem Vorbild der Schweiz. Die Tagung hinterließ einen würdigen Eindruck auf Bayerns Hauptstadt und auf die nicht unbefehrbare Bevölkerung Münchens.

Poleis militärische Vorkehrungen.

Die von Skalski einberufene Zusammenkunft sämtlicher politischer Parteiführer fand im Kabinett des Sejmarschalls statt; der Generalstabschef Sikorski erstattete Bericht über den „Gesamtplan der Sicherung der Staatsgrenzen“. Ueber den Inhalt des Berichtes verläutet bisher nichts Näheres. Am selben Tage hielt der Generalstabschef in der Militärwissenschaftlichen Gesellschaft in Anwesenheit von Regierungsvertretern, Parlamentariern und Militärs einen Vortrag; er führte aus, daß der Vorschlag der Abrüstungskommission des Völkerbundes, Polen solle bis zu einem Aktivbestande von 120 000 Mann abrüsten, für Polen unannehmbar sei. Polen brauche gegen Rußland mindestens 375 000 Mann bloß zum defensiven Grenzschutz. — Soeben ist eine Regierungsverordnung publiziert worden, wonach die Entlassung der Jahrgänge 1899 und 1900 um mehrere Monate verschoben wird.

Die ersten deutschen Flugzeuge in Moskau.

Das erste der zehn von der Sowjetregierung bei der deutschen Firma Fokker (kurzeit Amsterdam) gefausten Flugzeuge ist unter Führung des deutschen Flie-

gers am 20. April in Moskau eingetroffen, wo es auf dem Gorki-Flugplatz von Beobachtern der Roten Luftflotte und der Moskauer deutschen Kolonie empfangen wurde. Das Flugzeug nahm an der Parade der Luftflotte über Moskau teil und wurde von den demonstrierenden Soldaten lebhaft begrüßt. Am 1. Mai abends traf das zweite Fokker-Flugzeug unter Führung des Fliegers Stalder in Moskau ein. Die Reise von Berlin nach Moskau, mit einer Landung in Königsberg, hat zwei Tage, des Flug von Königsberg bis Moskau sieben Stunden gedauert.

Die Flugzeuge tragen die Zeichen M. R. mit den entsprechenden Nummern 1, 2 usw. und das Wappen der russischen sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Die 12-sitzigen Einmotoren der Fokker-Apparate sind mit den besten Motoren Mois-Mois von 300 PS. ausgerüstet. Die gesamte den Flugdienst Berlin-Moskau versiehende Luftflotte ist Eigentum der Sowjetregierung. Der Flugplatz der Flugzeuge wird das Moskauer Aerodrom sein.

Am 2. Mai ist das erste Flugzeug von Moskau nach Königsberg abgegangen.

Eine deutsche Industrie-Ausstellung in Rußland.

Zu dem Plan einer deutschen Industrie-Ausstellung in Sowjetrußland wird mitgeteilt, daß die Ausstellung vom 1. bis 15. Juli dauern soll. Es sollen nicht nur einzelne Maschinen, sondern ganze Komplexe und ganze Einrichtungen ausgestellt werden. Besondere Aufmerksamkeit wird den Maschinen der Großindustrie gewidmet sein. Die Organisations- und das russische Volkskommissariat für Außenhandel — beabsichtigen insbesondere, die Erzeugnisse der deutschen Industrie vorzuführen.

Regierungskrise in Braunschweig.

Der vom braunschweigischen Parlament eingefetzte Untersuchungsausschuß, der sich mit den Verhältnissen der früheren unabhängigen Minister Seypp-Dexter und Junke zu beschäftigen hatte, erstattete in diesen Tagen dem Parlament Bericht. Dabei erklärte der Abgeordnete Dexter, daß er der Regierung das Vertrauen versage. Schließlich wurde ein Antrag, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, mit 20 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Die Neuordnung der Beamtenbesoldung.

Im Beamtenausschuß des Reichstages gab Ministerialdirektor v. Schlieben eine Erklärung über den Stand der Besoldungsfrage ab. Im Februar bei Aufstellung des letzten Entwurfes zur Änderung der Besoldungsordnung habe die Reichsindexziffer 1920 betragen; bei Verabschiedung der Vorlage im März sei sie auf 2802 gestiegen. Das Ergebnis für April dürfte eine Indexziffer von 2800 ergeben. Diese Preissteigerung zwinge zu schneller Erhöhung der Beamtenbezüge. Bedauerlicherweise sei eine Einigung mit den Spitzenorganisationen nicht zu erreichen gewesen.

Der Bürgerkrieg in Irland.

Londoner Blätter melden von neuen Kämpfen zwischen den irischen Freistaatsruppen und den Rebellen. Das Schloß Ormonde, das letzte Bollwerk der Rebellen, die in Piffennit eindringen, wurde nach heftigen Kämpfen von den Truppen des irischen Freistaats wiedergewonnen. Seit Beginn des Kampfes am Dienstag vormittag haben die Freistaatsruppen 250 Gefangene gemacht. Das Parlament hat beschlossen,

einen Waffenstillstand zwischen beiden Parteien aufzulegen.

Metallarbeiterstreik in Böhmen.

Da die letzte Intervention der Vertrauensmänner der Metallarbeiterchaft, die Unternehmer zu bewegen, die zehnprozentige Lohnherabsetzung zurückzunehmen, erfolglos blieb, verließen die Arbeiter die Betriebe. Von dem Ausstand sind in Prag und seiner Umgebung 30 Betriebe und in Mittelsböhmen 5 Betriebe in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeiterchaft der Erdbauwerke wird morgen in den Ausstand treten. Auch in Westböhmen scheint der Lohnkampf unausbleiblich. Mit dem morgigen Tage werden auch in Böhmen 82 000 Metallarbeiter im Streik stehen.

Riesenausperrung in England.

Die englischen Blätter melden, daß vorgestern die Ausperrung der Mitglieder der 47 Maschinenarbeiterverbände außerhalb des Vereinigten Maschinenarbeiterbundes beginnt und daß damit die Zahl der Erwerbslosen um 800 000 Mann vermehrt wird.

Die Deutsche Werft A.-G. (ehemals Reichswerft) in Hamburg erzielte im Geschäftsjahr 1921 einschließlich des Vortrages von 548 950 Mk. einen Betriebsergebnis von 14,60 Millionen Mark (i. B. 9,93 Millionen Mark). Nach Abschreibungen von 11,25 Millionen Mark (8,96 Millionen Mark) verbleibt ein Reingewinn von 3 352 107 Mark. Die Verwaltung bemerkt in ihrem Bericht u. a.: Der Betrieb Finkenwärder war das ganze Jahr voll beschäftigt. Im Jahre 1921 sind in den beiden Betrieben vom Stapel gefahren bzw. zur Ablieferung gekommen: 10 Frachtdampfer mit 63 580 Tonnen Tragfähigkeit 20 400 PS., 2 Motor-Tankschiffe mit 8000 Tonnen Tragfähigkeit 3100 PS., 8 Seelichter mit 8000 Tonnen Tragfähigkeit und 2 Schwimmböcke mit 6200 Tonnen Tragfähigkeit, zusammen 83 780 Tonnen Tragfähigkeit. Die am Jahreschluss verbliebenen Aufträge sichern der Gesellschaft eine Beschäftigung bis zum Frühjahr 1923. Da die deutschen Reedereien, weil sie alle ehemals deutsche oder ausländische Schiffe billiger kaufen konnten, nur wenig oder gar keine Neubauten in Auftrag gaben, war es schwierig, genügend Aufträge zu erhalten. Es gelang der Werft, Ende des Jahres Aufträge auf drei große Motorschiffe von 8000/9000 Tonnen Tragfähigkeit für norwegische Rechnung zu erhalten. Mit diesen Aufträgen verfügte die Werft Ende 1921 allein an Motorschiffen über einen Auftragsbestand von 65 400 Tonnen Tragfähigkeit mit einer Gesamtmotorleistung von 24 800 PS. Sämtliche zu erbauenden Motorschiffe erhalten Dieselmotoren. Die im Bau befindlichen Turbinenschiffe stellen die ersten großen Turbinenanlagen mit doppelter Uebertragung dar, die von einer deutschen Werft zur Ablieferung gekommen sind.

Die freigewerkschaftliche Beamtenzentrale. Gemäß dem in der Gewerkschafts- und Tagespresse veröffentlichten Aufruf sind die freigewerkschaftlichen Verbände, die Beamte organisieren, vom ADGB und Afa-Bund jetzt zu einer Beamtenzentrale zusammengeschlossen worden. Es kommen zurzeit folgende Verbände mit ihren Beamtengruppen in Frage: Vom ADGB: Deutscher Eisenbahnerverband, Deutscher Transportarbeiterverband, Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner, Deutscher Musikerverband; vom Afa-Bund: Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeisterverband, Zentralverband der Angestellten. Die zentrale Zusammenarbeit dieser Verbände soll nunmehr auch dadurch unterstützt werden, daß sie örtlich miteinander Fühlung nehmen.

Fräulein

Ein Danziger Heimatroman von Paul Canderling.

(Copyright 1920 by J. G. Cotta'sche Buchhandlg. Nachflg. Stuttgart).

„Du hast mal gesagt, Onkel, daß jeder nur sein Leben lebt und daß ihm keiner etwas abnehmen kann. Laß mich mein Leben leben!“

„Sehe es hier!“

„Ja kann es nur da draußen. Laß mich hinaus! Sag selber: Würdest du nicht froh sein, wenn draußen etwas aus mir würde?“

Er widerstand nicht mehr. Ihre Entschlossenheit flüchtete ihm wider Willen Bewunderung ein. Er hatte das dumpfe Gefühl, lächerlich, komisch, phibistris in seinen Gedanken zu sein. Tausend junge Mädchen lebten ihr eigenes Leben, tausend junge Mädchen lebten ohne das Gängelband des Elternhauses. Sie schlügen und bißten sich durchs Leben und lernten Tapferkeit. War Fräulein oben nicht ein prächtiges Geschöpf und stand doch draußen und ließ sich Wind und Sturm um die kleine Nase blasen? Warum konnte Thea das nicht auch glücken? Er sah sie frei und selbständig herumgehen, im Dienst einer Pflicht, nicht mehr das junge Mädchen, das auf den Mann wartet, der sie vom Uebel erlösen soll.

Alles, was in ihm in Jugendjahren unterdrückt war und in Mannesjahren seiner Ketten unbewußt, gelassen hatte, erwachte. So hätte er damals auch sein wollen: Widerstand leisten und kämpfen für die Freiheit seiner Gedanken, statt sich einlassen und zu einem feigen, kleinen Glibberreden zu lassen. Hatte diese Familie denn ein Recht auf ihre Kinder? Was mußte denn die ältere Generation eigentlich von den Jungen? Nicht mehr, als auf dem Schulbenam stand.

Seine Gestalt reichte sich und war höher, als er nun zu Thea zu sah: „Ich sehe ein, daß du im Recht bist. Nimm nun aber zum Zeichen meines Einverständnisses dies kleine Geschenk an. Es wird dir nützlich sein und dich vorläufig selbständig machen.“ Er entnahm seiner Brieftasche einige Bank-

noten. Es war sein Gehalt. Das Quartal hatte eben begonnen.

Sie wollte es nicht nehmen; aber er drängte es ihr auf. Die Uhr schlug wieder.

„Adieu, Onkel. Du bist doch immer der einzige gewesen, der die Jugend verstand, der einzige —“

Und fort war sie, ohne einen Auf, ohne einen Händedruck. Er lachte etwas, dann haßte er die Füße, und seine Augen blinnten. Was würde die Stadt dazu sagen, was würde die Welt dazu sagen, daß er es gegen die Pflichter wagte?

Daß im Schlaf krächzte der Papagei: „Schafkopf.“

Er suchte zusammen. Ich bin nervös, dachte er. Aber er empfand daneben eine Unruhe und eine Unsicherheit, die er nicht nur seinen Nerven zuschieben konnte.

War es auch . . . richtig gewesen?

Endlich war Thea auf dem Bahnhof. Es war noch eine halbe Stunde Zeit.

Sie ging zum Schalter. Der Schalter war noch nicht geöffnet. Sie war ärgerlich und fast entnervt: sie konnte doch unmöglich in der taghell erleuchteten Bahnhofshalle stehen und warten, wo jeden Augenblick ein Bekannter kommen konnte? Es kamen ja sicher noch Nachzügler aus den benachbarten Bahnhöfen.

Unbeobachtet ging sie im Seitengang auf und ab, wo die gelben Fahrpläne hingen. Eifrig studierte sie die Zahlen, die Namen, Station auf Station, als hätte sie es auswendig zu lernen. Sie fühlte sich plötzlich ermüdet, wie nach einem langen, langen Marsch. Die Antie ätzteten ihr.

Es mußte doch gleich Zeit zur Abfahrt sein. Sie hatte ja schon eine Ewigkeit diese Fahrpläne gelesen. Aber als sie nach der Uhr sah, bemerkte sie, daß sie erst drei Minuten hier auf und abgegangen war.

In den Partisaal zu gehen, wagte sie nicht. Sie sah nur einen Augenblick über die Glascheibe. Er war ziemlich leer. Nur in der Mitte, an der künstlichen Palme, sah man einen Kohlenkaufmann von Steen aus der Köpfergasse — mit einem Geschäftsfreund. Nein, hinein konnte sie nicht.

Mit einem Male war die Halle belebt; von den Treppen, die von dem Bahnhofen herabführten, eilten Menschen, die

in die Stadt zurückkamen. Draußen hörte man Wagen und Autos heranzufahren, Peilschwenkungen und das Geknurre von Autohupen. Reisende drängten in die Halle. Dienstmänner kamen mit Koffern auf den Schultern.

Und jetzt — jetzt wurde auch der Schalter geöffnet. Langsam ging Thea darauf zu. Aber merkwürdig: Jetzt, wo sie so weit war, den letzten, den allerletzten Schritt zu tun, schien ihr die Kraft zu versagen. Es war nur gut, daß sich die Abreisenden sammelten und sie vor sich herdrängten.

Sie wankte und schwankte. Aber einmal eingeklinkt in die Reihe der Wartenden, fand sie keinen Ausweg mehr.

Warum bin ich jetzt so voll Angst? fragte sie sich selber; ich brauche nur das Geld hinzulegen und das Billett nach Berlin zu verlangen. Der Beamte wird nicht einmal mein Gesicht sehen — Was ist denn nur mit mir?

Sie zählte ab: Sechs standen vor ihr — jetzt nur noch fünf. Da aber gab es einen ungebührlichen Aufenthalt. Unschätzend war eine größere Banknote zu wechseln oder ein Schein auszufüllen. Der Schalterbeamte brauchte erregte Worte; der Reisende, ein kleiner, schwarzer Herr mit einem Pfeifer, war außer sich und schrie in stark polnischem Akzent über „diese Wirrnis“. Die anderen schalteten über den Aufenthalt: „Der Zug wird uns vor der Nase wegfahren!“

Nun war der kleine, schwarze Herr weggebracht. Er suchte freischend den Bahnhofsvorstand „zur Beschwörung“. Zwei standen noch vor Thea.

Da sagte jemand Theas Arm. „Sind Sie es wirklich? Fräulein Thea?“

Thea sah erschrocken auf. Fräulein stand vor ihr. Fräulein war eben mit dem Nachtzug aus Neufahrwasser gekommen und durch den Aufruf am Schalter aufmerksam geworden. Ein Blick auf Theas bleiches, durchströmtes Gesicht lehrte sie alles: Thea wollte fort.

Sie blickte auf den Schalter. Es gab keine Zeit zu verlieren. „Einen Augenblick, Fräulein Thea.“ Und sie führte Thea, die viel zu müde, viel zu müde zum Widerstande war, aus der Reihe. „Sie können doch unmöglich mit dem Nachtzug fahren.“ Sie mußte irgendeinen Grund sagen. Sie sprach wie zu einem Kind, daß die Kristallkugel haben möchte und nicht haben darf. „Das geht doch nicht. Das ist doch nichts für Sie. Sie kommen ja kaputt in Berlin an.“

(Fortsetzung folgt.)

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 105

Freitag, den 5. Mai 1922

13. Jahrgang

Die Parteien zum Verfassungstreit.

Unklare Haltung der bürgerlichen Parteien. — 2. Tag der Feuerungsdebatte.

Vollziehung des Volkstages

am Donnerstag, den 4. Mai 1922.

Nach Eröffnung der Sitzung gaben die Fraktionen zu dem vom Oberkommissar eingegangenen Schreiben über die Verfassungsänderung Erklärungen ab.

Abg. Schwegmann gab folgende Erklärung ab: „Die Deutsch-nationale Fraktion hält in der Verfassungsfrage, die zufolge des Schreibens des Oberkommissars an den Senat erneut zum Gegenstande öffentlicher Erörterungen geworden ist, unverändert an ihrer in der Vollziehung des Volkstages am 12. April 1921 dargelegten Auffassung fest. Wir sind aber der Ansicht, daß im Interesse der Freien Stadt diese Angelegenheit endlich zur Ruhe kommen muß. Aus diesem Grunde haben wir auch der Aenderung der Amtszeiten der Senatoren im Hauptamt zugestimmt. Wir glauben, daß in dem an den Präsidenten des Senats gerichteten Schreiben vom Oberkommissar ein Eingriff in die souveräne Macht der Freien Stadt nicht beabsichtigt ist. Wir setzen deshalb heute davon ab, zu dem sachlichen Inhalt dieses Schreibens Stellung zu nehmen.“

Abg. Dr. Roening: „Die Deutsche Partei ist erstarrt, daß der Oberkommissar erst im gegenwärtigen Zeitpunkt diese Ansicht mitteilt, daß zur Aenderung der Amtszeit der Senatoren die einfache Mehrheit genügt. Die jetzige Stellung des Oberkommissars ist um so mehr verwunderlich, als auch der Rat des Völkerbundes bereits in einem Beschlusse vom Januar 1922 sich mit dem Beschlusse des Volkstages vom 31. Dezember 1921 befaßt hat und damals in keiner Weise zu erkennen gegeben hat, daß er die Ansicht des Volkstages — es handele sich um eine Verfassungsänderung — nicht teile.“

Die Deutsche Partei steht sich durch das Schreiben des Oberkommissars nicht veranlaßt, von dem von ihr bisher eingenommenen Standpunkt abzugehen. Die Deutsche Partei muß es dem Oberkommissar des Völkerbundes überlassen, ob er entsprechend seiner Ansicht von der ihm durch Beschluß des Völkerbundes vom Januar 1922 gegebenen Befugnis Gebrauch machen und die Verfassung der Freien Stadt Danzig endgültig in Kraft setzen will, nachdem sich im Volkstage bereits zweimal die einfache Mehrheit für die Aenderung des Artikels 26 der Verfassung ausgesprochen hat. Die Deutsche Partei lehnt aber eine Verantwortung für die sich aus einem solchen Vorgehen des Oberkommissars ergebenden Folgen ab. Sie steht auf dem Standpunkte, daß zurzeit eine weitere Beratung der Verfassungsänderung im Volkstage nicht zweckmäßig erscheint.

Abg. Gen. Behl gab die Erklärung der Sozialdemokratischen Fraktion ab, die wie an anderer Stelle veröffentlicht.

Abg. Spletz gab im Namen der Zentrumspartei eine Erklärung ab, die sich in ihrem ersten Teil gegen die die Freiheit Danzigs schädigenden Entscheidungen wendet und in der es dann weiter heißt: „Was den materiellen Inhalt des Schreibens des Oberkommissars betrifft, so halten wir an der bereits früher von uns bekanntgegebenen Auffassung fest, daß das Verlangen des Völkerbundes, die Amtszeit der Senatoren zu kürzen, eine Verfassungsänderung darstelle, auf die der § 45 der Verfassung keine Anwendung finden müsse. Wenn aber der Oberkommissar in seiner diplomatischen Note vom 25. April einen entgegengeetzten Standpunkt einnimmt, so müssen wir uns unter dem Zwange der Verhältnisse dem fügen. Wir legen aber fernerlich Wert darauf, daß dieser Schritt, der mit diesem Verlangen verknüpft ist, irgendeinen Präzedenzfall für etwaige später Forderungen des Völkerbundes, einseitig unsere Verfassung zu ändern bzw. Aenderung zu verlangen, darstellen sollte. Wir werden uns gegen ein solches einseitiges Vorgehen des Völkerbundes ganz entschieden wehren.“

Abg. Rahn: „Die Kommunistische Partei weiß die eigenmächtige Aenderung dieser Vorschriften durch den Oberkommissar Daling, wie die in seinem Schreiben vom 25. April 1922 geschehen, zurück. Weber der Friedensvertrag, noch sonst eine rechtliche Grundlage ist für einen derartigen Eingriff gegeben. Die Fraktion der Kommunistischen Partei verlangt, da eine Einigung der Vertreter des Danziger Volkes über die vom Völkerbunde verlangte Verfassungsänderung nicht zu erzielen ist, daß das souveräne Danziger Volk über diese Frage allein entscheidet, und daß zu diesem Zweck mit größter Beschleunigung eine Neuwahl des Volkstages stattfindet.“

Abg. Rahn: „Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei weiß die Einmischung des Oberkommissars des Völkerbundes in die inneren Angelegenheiten des Volkstages zurück. Auch der Art. 103 des Verfallter Vertrages gibt dem Oberkommissar nicht das Recht, dem Volkstage voranzutreiben, wie er die Frage der Verfassungsänderung behandelt. Deshalb weisen wir den Eingriff des Oberkommissars in die Hoheitsrechte des Volkstages zurück.“

Abg. Panecke (Pol): „Am 22. Juni 1921 ist die Verfassung vom Völkerbundrat provisorisch in Kraft gesetzt worden. Daraus folgt, daß auch jetzt während des provisorischen Zustandes Verfassungsänderungen nur mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden dürfen. Die politische Fraktion ist jedoch der Ansicht, daß eine Ausnahme hiervon diejenigen Teile der Verfassung bilden, die beanstanden waren. Wir teilen die Ansicht des Oberkommissars, daß die Bestimmung über die Verfassungsänderung, Artikel 48, bei diesen beanstandeten Teilen nicht in Frage kommt. Zudem die Politische Fraktion diesen Standpunkt einnimmt, spricht sie die Überzeugung aus, daß zurzeit eine einfache Mehrheit des Hauses zur Beschlussfassung über Bildung und Amtsdauer des Senats genügend dürfte.“

Abg. Maschewitz (wld): „Der Völkerbund hat im vorigen Jahre ausdrücklich bekräftigt, daß die Verfassung bis auf die kritischen Teile in Kraft getreten sei. Auch der Oberkommissar Daling war bisher der Ansicht. Das war auch die

Auffassung des Senats und der bürgerlichen Parteien. Nun ist plötzlich ein Umsturz in der rechtlichen Auffassung des Oberkommissars Daling in Erscheinung getreten. Das veranlaßt mich zu der folgenden Frage an den Senat: Ist dem Senatspräsidenten oder dem Senatsvizepräsidenten bekannt, daß man in der Freistadtbewölkerung vermutet, es sei von irgendeiner Seite oder von irgendwelchen Persönlichkeiten der Versuch gemacht worden, dieses Resultat, wie es jetzt für den Abschluß der Verfassung zu erwarten steht, auf dem Wege von Machenschaften zu zeitigen.“

Abg. Brieskorn (wld): „Wenn der Oberkommissar in seinem Schreiben vom 25. April entscheidet, daß für die vom Völkerbunde geforderte Verfassungsänderung die einfache Mehrheit genüge, so folgt er nicht den Anschauungen des durch ihn vertretenen Völkerbundes, sondern den Staffierungen des Senats und dessen Parteien. Da die Angewandtheit durch die Entscheidung des Oberkommissars immerhin noch nicht endgültig erledigt worden ist, so richte ich noch in letzter Stunde an den Völkerbund den Appell, um Diktaten abzusehen und die Entscheidung über die strittige Frage dem Volke zu überlassen.“

Das Haus beschäftigte sich alsdann mit der Feuerungsdebatte.

Abg. Gen. Arzyski:

Die Anfrage der bürgerlichen Parteien hat sich als großer Fluss entpuppt. Die Anfrager mühten wissen, daß nach Abschluß des Danzig-polnischen Vertrages der Senat gar nicht in der Lage ist, irgendeine Hilfe zu gewähren. Bei Abschluß dieses Vertrages hat der Senat alle Interessen Danzigs zwanglos preisgegeben.

Um der Feuerung abzuhelfen, haben die bürgerlichen Parteien im Ausschusse eine nichtssagende Entschlie-
fung angenommen. Die Sozialdemokratie verlangte die sofortige Sperrung der Grenze

für die Ausfuhr von Lebensmitteln. Bezeichnend ist, daß während dieser Feuerungsdebatte der Milchpreis zweimal grundlos gestiegen ist. Erst nachdem die Preise für Milch und Butter ins Ungemessene gestiegen waren, kam das Ausfuhrverbot. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft war verfehlt. Wir fordern weiter die

Errichtung eines Wirtschaftsamtes.

Es fehlt in Danzig eine brauchbare Statistik über die wirtschaftlichen Verhältnisse. Für den Freistaat ist ein wirtschaftlicher Regulator notwendig. Ohne großen Beamtenapparat läßt sich ein gut funktionierendes Wirtschaftsamts errichten. Der sozialdemokratische Antrag auf Einführung der

Zwangswirtschaft für Lebens- und Futtermittel

wurde von der bürgerlichen Mehrheit des Ausschusses ebenfalls abgelehnt, mit dem Hinweis, daß die Zwangswirtschaft während des Krieges versagt habe. Die Mängel der Kriegszwangswirtschaft sind zum Teil daraus zurückzuführen, daß die Lager leer waren. Zurzeit sind jedoch genug Vorräte vorhanden. Es muß nur für ihre gerechte Verteilung gesorgt werden. Wir verlangen weiter die Einrichtung von

volkstümlichen Wuchergerichten,

weil die Bevölkerung zu den jetzt bestehenden kein Vertrauen hat. Diese Maßnahmen sollen nicht vom Senat auf dem Verordnungsweg durchgeführt werden, sondern dem Volkstage sollen dementsprechende Gesetzentwürfe vorgelegt werden.

Bei den Ausschussverhandlungen erklärte Senator Dr. Eschert, daß der

Senat nicht mehr Herr der inneren Lage

des Freistaates sei. Er sei an die Zustimmung der polnischen Regierung gebunden. Diese Erklärung berechtigt zu der Frage: War der Senat gezwungen, die Herrschaft über die inneren Angelegenheiten des Freistaates preiszugeben? Die Grundlage unseres staatlichen Lebens bildet der Artikel 104 des Vertrages von Versailles. Weder dieser Vertrag noch die in Paris geschlossene Konvention zwischen Danzig und Polen verpflichten den Senat, die innere Herrschaft über den Freistaat an Polen abzutreten. (Redner verliest als Beweis Artikel 104 des Friedensvertrages und beruft sich auf die deutschen Gegenvorschläge, ferner den Artikel 37 der Konvention.) Nach der Pariser Konvention ist Polen ausdrücklich verpflichtet, Danzig mit Lebensmitteln und Brennmaterial zu versorgen. Der Senat hat sich als vollkommen unfähig erwiesen, einen Staatsvertrag abzuschließen, der dem Interesse Danzigs entspricht. Den nackten Profitinteressen einer einzelnen Klasse zuliebe hat der Senat die allgemeinen Interessen gänzlich vernachlässigt.

Nach dem Vertrag von Versailles und der Pariser Konvention waren die Erben des früheren Versorgungsgebietes Danzigs verpflichtet, die Ernährung Danzigs sicherzustellen. Das ist in der Zukunft vielleicht in noch größerem Maße notwendig, als heute. Deshalb wurde Polen diese Verpflichtung auferlegt. Der Senat hätte bei den Danzig-polnischen Verhandlungen herausfinden müssen, was herauszufinden war. Das hat er nicht getan. Das Danzig-polnische Wirtschaftsabkommen enthält sogar einschneidende Bestimmungen, die in den früheren Verträgen keine Stütze finden. Die Vernachlässigung der Danziger Interessen bei Abschluß des Vertrages hat dazu geführt, daß anstatt Polen Danzig mit Lebensmitteln beliefert, eine Ausfuhr Danziger Lebensmittel nach Polen stattfindet. Für die

Leistung der Wirtschaftsgrenze

fehlt im Friedensvertrage jede Unterlage. Die große Anfrage hat nur den Zweck, das Verschulden des Senats an diesen miserablen Zuständen zu verschleiern.

Der Senat weiß aus diesen unhaltbaren Verhältnissen nur einen Ausweg: Erhöhung der Gehälter und Löhne. Die Gehaltserhöhung der Beamten wird keine großen Schwierigkeiten machen. Anders liegen aber die Dinge bei

der Erhöhung der Löhne. Der Abg. Ros hat schon in einer früheren Volkstagsagung darauf hingewiesen. Die Danziger Eisenindustrie ist auf den Weltmarkt angewiesen. Darum lassen sich ihre Löhne nur bis zu einem gewissen Grade steigern, weil sonst die Gefahr besteht, daß die Eisenindustrie brach liegt und Tausende arbeitslos werden. Einen Vertrag, der solche Folgen zeitigt, braucht Danzig nicht abzuschließen. Es ist unbegreiflich, daß ein Danziger Verbot der Lebensmittelzufuhr der Zustimmung Polens bedürfen soll. Im polnischen Text des Vertrages ist nur von Waren, jedoch nicht von Lebensmitteln die Rede. Die jetzige Ohnmacht des Senats ist die Folge davon, daß er sich bei Abschluß des Vertrages von Interessenpolitik leiten ließ. Die Handlung hat große Schäden gemacht. Wenn jetzt wieder Bollerleichterungen gewährt werden, wird die Bürgerchaft kaum einen Vorteil davon haben.

In einer polnischen Zeitung wurde von dem Abg. Blau die Ansicht vertreten, daß die Einführung der polnischen Währung in Danzig Besserung bringen würde. Bei Einführung der polnischen Währung würde in wenigen Tagen der Austausch der Güter erfolgen. Nicht möglich wäre es aber sein, die Löhne und Gehälter den polnischen Preisen anzupassen. Das Lebensniveau der unteren Beamten, Angestellten und Arbeiter würde geradezu fürchterlich werden. Aus rein wirtschaftlichen Gründen ist die Einführung der polnischen Währung nicht möglich. Um den dauernden Inflationschwankungen entgegenzuwirken, brauchen wir ein Wirtschaftsamtsamt. Eine gut ausgebaute Zwangswirtschaft würde eine gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, wie Brot, Fleisch, Milch, Butter und Kartoffeln, ermöglichen. Wenn der Volkstag ernstlich gewillt ist, der Bevölkerung Hilfe zu bringen, dann muß er den sozialdemokratischen Anträgen zustimmen.

Senator Jansson antwortete, daß die in den letzten Monaten eingetretene Lebensmittelteuerung in der Hauptsache eine Folge der Marktentwertung sei. Die Einrichtung eines Wirtschaftsamtes erachte der Senat nicht als notwendig.

Abg. Fietkau (K.) betonte, daß der Senat sich als unwirksam und ungeeignet erwiesen habe, mit Polen zu verhandeln. Wenn die richtigen Männer mit Polen verhandelten, wäre über den Erlaß von Ausfuhrverboten eine Einigung mit Polen leicht möglich. Wenn der Senat nicht bald durchgreifende Maßnahmen gegen die Teuerung trifft, wird die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe greifen und sich vom Lande holen, was sie zum Leben braucht.

Abg. Lechowski (U. S. P.) führte aus, daß auch bei den Mittelparteien Stimmung für Annahme der sozialdemokratischen Anträge war, diese dann aber auf Einfluß der Deutsch-nationalen Fraktion umschwanken. Redner verlangt vom Senat Aufklärung über die Gerüchte, daß große Mengen Vieh und 4000 Zentner Käse mit Genehmigung des Senats nach dem Auslande geschafft worden sind. Wenn Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleiben sollen, wird es die höchste Zeit, daß der Senat mit seiner einseitigen Klassenpolitik Schluss macht. Die Fraktion der U. S. P. werbe für die sozialdemokratischen Anträge stimmen.

Abg. Rahn (K.) beantragte, die weitere Aussprache zu vertagen. Als von rechts dem Antrag widersprochen wurde, verlangte der Antragsteller namentliche Abstimmung. Vom Präsidenten wurde dieser Antrag als Geschäftsordnungsmaßnahme abgelehnt. **Abg. Rahn** stellte nunmehr den Antrag auf Niederweisung des Verhandlungsgegenstandes an den Ausschuss. Die namentliche Abstimmung ergab dann die Beschlussunfähigkeit des Hauses. Dem Präsidenten blieb nichts anderes übrig, als die Sitzung auf Freitag nachmittags 3 Uhr zu vertagen.

Danziger Nachrichten.

Eine Sitzung der Stadtverordneten

findet am Dienstag, den 9. Mai, nachmittags 4 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stehen u. a.: Wahlen von Armen- und Waisenspielerinnen. — Festsetzung der Steuerzuschläge für 1922. — Annahme einer Wuchererregulierung. — Erste Lesung folgender Haushaltspläne für 1922: 1. des Kinder- und Waisenhauses Pelonken, 2. der Straßenreinigung, 3. der Müllbeseitigung. — Theaterangelegenheit. — Anträge von Stadtverordneten betr. 1. Schutz der Angestellten, 2. Gehaltsregelung der Angestellten und Beamten, 3. Arbeitsamt. — Antrag von Stadtverordneten betr. Fragenheim. — Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Ortsstatuts betr. den Betrieb von Gast- und Schankwirtschaften. — Einrichtung zweier Wohnungen in dem Wärterwohnhaus am Heinrich-Ehlers-Platz. — Aufstellung eines Gartenhydranten auf dem Lazarettkirchhof Caspe. — Beschaffung einer Präzisions-Schnell-Drehbank für die Automobilwerkstatt der Feuerwehr. — Gewährung einer Wirtschaftshilfe an die städtischen Beamten, Lehrpersonen und Angestellten. — Anerkennung eines Klagenprüchs. — Ausbau des Strichbades auf einer Strecke an der Mühle Kupferhammer. — Beschaffung von Geräten für die Turnhalle am Winterplatz. — Berichterstattung und Anträge des Petitions-(Eingaben-)Ausschusses. Anschließend geheime Sitzung.

Die Entlohnung der Staatsarbeiter

erfolgt, wie bereits gestern kurz mitgeteilt, rückwirkend ab 1. April nach einem neuen Tarif und zwar wie folgt:
Stundenlohnempfänger: Vorhandwerker und Vorarbeiter für die Stunde 12,30 Mk.; Handwerker über 18 Jahre 12,11 Mk.; Lehrlinge, im 1. Lehrjahre 3,03 Mk., im 2. Lehrjahre 3,07 Mk., im 3. Lehrjahre 3,59 Mk., im 4. Lehrjahre 4,01 Mk.; Kesselheizer mit Prüfungszeugnis 12,14 Mk., Gießheizer und angeleitete Arbeiter 12,14 Mk., ungeleitete Arbeiter über 18 Jahre 11,80 Mk.; jugendliche Arbeiter, von 14-15 Jahren 5,27 Mk., von 15-16 Jahren 5,47 Mk., von 16 bis 17 Jahren 6,01 Mk., von 17-18 Jahren 6,57 Mk.; Arbeiterinnen, die Männerarbeit verrichten, und angeleitete über 18 Jahre, a) mit eigenem Hausstand 10,20 Mk., b) ohne eigen-

Danziger Nachrichten.

Zur Sicherung der Lebensmittelversorgung

hat die Sozialdemokratische Fraktion im Volkstage einen Gesetzentwurf eingebracht. Dieser verlangt in weiterer Abänderung des Artikels 215 des Danzig-polnischen Abkommens vom 24. Oktober 1921 das Verbot der Ausfuhr von festlichem Vieh einschli. Derbuckvieh und sämtlicher in der Freien Stadt Danzig gefangenen See- und Flussfische aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig bis zum 31. Dezember 1922. Vergehen gegen dieses Verbot sollen mit Gefängnis nicht unter einem Jahr bestraft werden. Diese Vorlage bezieht sich mit dem jetzt vom Senat erlassenen Ausführungsverbot für Milch und Milchergüsse, nur daß die Frist etwas weitergedeckt ist, damit das Verbot auch zur wirksamen Hilfe wird. Diese Ausführungsverbote sind Vorbedingung für alle zu ergreifenden Maßnahmen gegen die Teuerung. Pflicht des Senats wäre es gewesen, diese Ausführungsverbote bereits anlässlich der letzten Verhandlungen mit Polen zur Durchführung zu bringen. Neben diesen Ausführungsverboten für Lebensmittel wird aber auch gegen die Abwanderung und Verteuerung wichtiger Verbrauchsartikel Vorbehalte getroffen werden müssen. Polen hat Danzig die Einfuhr zu ermäßigten Preisen gestattet. Wenn die polnischen Artikel jedoch von Polen weggeführt werden können, so ist für die Danziger Bevölkerung mit diesem Entgegenkommen nicht erreicht. Hoffentlich geschieht nun auch auf diesem Gebiet bald etwas.

Wirtschaftsbeihilfen für städtische Beamte, Lehrpersonen und Angestellte.

Nach § 42 des Beamtenlohnsteuergesetzes vom 21. Dezember 1921 ist die Stadtgemeinde Danzig verpflichtet, die Dienstbezüge ihrer hauptamtlichen Beamten und ihrer Lehrpersonen so zu regeln, wie die der unmittelbaren Staatsbeamten geregelt werden. Auch ist es erforderlich, den Angestellten bei städtischen Dienststellen, der Vorlage entsprechend, Wirtschaftsbeihilfen zu gewähren, soweit sie Bezüge nach den für die Beamten geltenden Grundätzen erhalten.

Den Ruhegehaltsempfängern und den Hinterbliebenen sollen Wirtschaftsbeihilfen nicht gezahlt werden, weil dies auch im Deutschen Reich nicht geschieht.

Mit den Gewerkschaften der Angestellten der Gruppe 4 ist ein entsprechendes Abkommen unter dem 10. April d. J. als Ergänzung zum Tarifvertrage getroffen worden. Die Angestellten der Gruppe 4 erhalten eine laufende wöchentliche Wirtschaftsbeihilfe mit Wirkung von 1. Januar 1922 ab und zwar: Die vollbeschäftigten volljährigen Angestellten im 1. und 2. Dienstjahre 1520 Mark, 3. Dienstjahre 1508 Mark, im 4. und in den folgenden Dienstjahren 1600 Mark jährlich; die vollbeschäftigten jugendlichen Angestellten von Beginn des Monats an, in dem sie das 17. Lebensjahr vollenden bis zum vollendeten 18. Lebensjahr 900 Mark, 19. Lebensjahr 1120 Mark, 20. Lebensjahr 1280 Mark, 21. Lebensjahr 1440 Mark jährlich.

Die Angestellten, die seit dem 1. Dezember 1921 bei Verwaltungen der Freien Stadt oder bei der Verwaltung der Stadtgemeinde voll beschäftigt worden sind und sich am 1. März 1922 bei der Stadtgemeinde in voller Beschäftigung befanden, erhalten eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe, und zwar die volljährigen Angestellten je nach Gruppe und Dienstjahre 190—1000 Mark; die jugendlichen Angestellten je nach Gruppe und Lebensalter 120—800 Mark.

Den weiblichen Angestellten, die eine um 10 Prozent verkürzte Grundvergütung erhalten, werden auch die Wirtschaftsbeihilfen um 10 Prozent gekürzt. Den verheirateten weiblichen Angestellten, die den Ortszuschlag nur zur Hälfte erhalten, werden die Wirtschaftsbeihilfen nur in halber Höhe gewährt.

Die Gesamtkosten dieser Vorlage betragen rund 2.150.000 Mark. Der Senat begründet die Vorlage mit dem Hinweis, daß im Deutschen Reich die Beamten und Angestellten in Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen Wirtschaftsbeihilfen erhalten. Volkstag und Senat haben erkannt, daß auch in Danzig die Bezahlung dieser Wirtschaftsbeihilfen notwendig ist.

Das gestürzte Brennholzlager.

Am 12. November 1919 wurde das Brennholzlager der Firma Apred in Danzig-Neufahrwasser am Bräsenener Bahnhof von einer Menge gepflündert und der Holzvorrat weggeschafft. Nach den Angaben der Firma belief sich der Schaden auf 12.226,50 Mark, weil etwa 429 Raummeter a 28,50, Mt.

geschloffen worden seien. Für diesen Schaden haben die Firma die Stadt Danzig auf Grund des Vermögensschadengesetzes in Anspruch. Die Stadt hat ihre Haftung zunächst bestritten, weil gewöhnlicher Diebstahl vorläge. Das Gericht hat den Anspruch jedoch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Da die Einlegung der Berufung keinen Erfolg verspricht, so beantragt der Senat bei der Stadtverordnetenversammlung die Anerkennung des Klageanspruchs der Firma in Höhe von 12.226,50 Mark nebst 4 Prozent Zinsen seit dem 30. November 1919.

Metallarbeiter!

Am kommenden Sonntag und Montag findet im Deutschen Metallarbeiterverband die Wahl eines Delegierten zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftskongress statt. Dieser Kongress ist für die Arbeiterklasse von außerordentlicher Bedeutung. Wenn er jedoch keine großen Aufgaben zum Besten der Arbeiterbewegung lösen soll, so dürfen nur solche Kollegen zu ihm delegiert werden, die es mit ihrer gewerkschaftlichen Arbeit ernst nehmen und die Gewerkschaften nicht zum Tummelplatz parteipolitischer Ziele machen. Trotz ihrer hinreichend bekannten arbeiter-schädigenden Verfolgungspolitik sind die Kommunisten auch diesmal zur Wahl auf den Plan getreten und versuchen, die Stimmen der Kolonnen und Kollegen für sich einzulassen. Aufgabe aller ehrlichen gewerkschaftlichen Klassenkämpfer muß es sein, dafür zu sorgen, daß die Absichten der Kommunisten auf Untergrabung der Gewerkschaften durch das Diktat von Moskau endgültig aufzuhalten gemacht werden.

Darum auf zur Wahl!

Niemand entziehe sich seiner Wahlpflicht. Jeder Sorge dafür, daß alle Mitglieder, die die Stimmkraft des Verbandes erhalten und gestärkt wissen wollen, unbedingt zur Wahl erscheinen.

Mittelt die Pässigen auf und antizipiert für den Kandidaten

Franz Kreyssli, Danzig.
Keine Stimme den kommunistischen Arbeitersprezplittieren!

Gewählt wird am Sonntag, den 7. Mai, von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, und Montag, den 8. Mai, von 2 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends, in folgende Wotalen:

1. Bezirk bei Steppuhn, Karthäuser Straße,
2. Bezirk bei Voth, Langfuhr, Hellgenbrunner Weg,
3. Bezirk im Verbandsbureau, Sevelusplatz 1-2,
4. Bezirk bei Melb Nachst., Große Schwabengasse 8,
5. Bezirk bei Rengies, Neufahrwasser, Albrechtstraße,
6. Bezirk bei Kappel, Oliva,
7. Bezirk bei Köhler, Roppot, Pommerische Straße,
8. Bezirk bei Schönwiese, Deubude,
9. Bezirk Ohra-Niebersfeld „Zum fideben Bauer“.

Es kann jedes Mitglied wählen, wo es will. Wählen kann nur, wer nicht mehr wie 6 Wochen mit den Beiträgen rehtert. Das Mitgliedsbuch ist zur Wahl mitzubringen.

Der Ausbau des Striehbaches.

Der Striehbach, gewöhnlich ein harmloser Wasserlauf, kann zu Zeiten der Schneeschmelze und bei starken Regengüssen sehr gefährlich werden. Insbesondere sind die mitgeführten Sandmassen für Langfuhr verberblich gewesen. Die Stadtgemeinde Danzig hat sich deshalb vom Staate das Recht zum Ausbau des Striehbaches auf einer kurzen Strecke an der Mühle Kupferhammer zum Zwecke der Erbauung einer Stauffschleuse und eines Verzögerungsbeckens sowie zu den etwa erforderlichen Entleerungen übertragen lassen.

Oberhalb der Mühle Kupferhammer soll eine massive Stauffschleuse errichtet werden, die für gewöhnlich das Wasser des Striehbaches ohne Einschränkung auf dem bisherigen Wege abfließen läßt, größere Wassermengen aber durch einen neu zu erbauenden Umleitungskanal dem Verzögerungsbecken zuführt, wo sie so weit zurückgehalten werden, daß sie nicht gleichzeitig mit dem Tagewasser aus den unterhalb gelegenen bebauten Teilen von Hochstrieck und Langfuhr zum Abfluß gelangen. Als Becken soll die oberhalb der ehemaligen Husarenkaserne gelegene alte Kiesgrube ausgenutzt werden. Auf diese Weise wird nur die Herstellung eines niedrigen Staudammes längs der Straße Hochstrieck und des Pelonker Weges erforderlich. Zur Abführung des in dem Becken angeammel-

ten Wassers soll ein durch ein Gefälle verlaufendes Grundablaß (Pelonker) dienen, der unterhalb der Mühle Kupferhammer wieder in den Striehbach geleitet wird.

Ein weiterer Ausbau des Striehbaches und seines Nebenbaches (der gesamte Entwurf schließt mit 1,7 Mt. Kosten Markt ab) kommt erst nach Fertigstellung der obenbeschriebenen Anlagen in Frage.

Die zur Ausführung der genannten Bauanlagen erforderlichen Mittel in Höhe von 575.000 Mt. werden von der Stadtverordnetenversammlung angefordert.

Eine vollständige Vertretung will sich der Senat anschließend für die diesmalige Wotterbundstagnung, auf der eine Reihe Danziger Fragen zur Beratung stehen, leisten. Wie mitgeteilt wird, sollen Senatspräsident Sahm, sowie die Senatoren Polkman und Schimmer dazu entsandt werden. Letzterer nur, weil die Ausweisungstrage mit auf der Tagesordnung steht. Es ist nur schwer zu verstehen, daß angesichts der dringend notwendigen Sparsamkeit, der Danziger Standpunkt auch in dieser Frage nicht schon durch den Senatspräsidenten ausreichend gewahrt erscheint.

Der steigende Fremdenverkehr in Danzig. Nach den Wochenberichten des statistischen Amtes nimmt der Fremdenzufluß nach Danzig erheblich zu. So stellten sich in der Woche vom 28. April bis 29. April allein nach den polnischen Meldungen 1994 Fremde in Danzig auf. Der größten Anteil stellte Polen mit 1282, dann Deutschland mit 401 Personen. Die übrigen Länder waren wie folgt vertreten: Rußland 22, Amerika 20, Dänemark 17, Lettland 15, Litauen 15, England 14, Frankreich 11, Holland 9, Norwegen 9, Rumänien 9, Schweiz 9, Ukraine 9, Mexiko 7, Österreich 7, Tschechoslowakei 5, Estland 3, Italien 2, Schweden 2, Belgien 1, Finnland 1, Griechenland 1, Ungarn 1.

Der Gefrierfleischverkauf. Der Verkauf des Gefrierfleisches ist in letzter Zeit sehr reger geworden. Der Senat hat sich daher veranlaßt gesehen, neue Verkaufsstellen für Gefrierfleisch einzurichten. Es wird in familiären Gefrierfleischverkaufsstellen Schweine-, Minder- und Hammelfleisch verkauft. Alles Nähere ergibt die vom Senat in der heutigen Nummer unserer Zeitung erlassene Bekanntmachung.

Verlorene Nahrungs- und Brotkarten. Der Senat weist darauf hin, daß verlorene Nahrungs- und Brotkarten in den Brotbäckereien nicht ersetzt werden. Sollte ein Ersatz in ganz besonderen Ausnahmefällen stattfinden, so ist für jede ersetzte Nahrungs- und Brotkarte eine Gebühr von 10 Mark und für jede Brotkarte eine Gebühr von 1 Mark zu entrichten.

„Jozef Pilsudski“ wird versteigert. Der bekannte Personen- und Frachtdampfer „Jozef Pilsudski“, der früher unter amerikanischer und polnischer Flagge für die Polish Navigation Corporation fuhr, soll jetzt, nachdem er auf der Kieler Werft umgebaut und renoviert ist, öffentlich in Kiel versteigert werden. „Jozef Pilsudski“ wurde seinerzeit im polnischen Aus- und Rückwandererdienst nach und von Amerika verwendet.

Ein dunkler Diebstahl. Am 3. Mai gegen 2 Uhr nachts beobachteten 2 Beamte der Schutzpolizei zwei Männer, die dem aus Hohenstein einlaufenden Zug entstiegen waren und gestülpte Mucklätze trugen. Da die 2 Männer verdächtig vor kamen, wurden sie zur Bahnhofswache hinführt. Hier gaben sie zu, den Inhalt, bestehend aus je 1 Bentner Antimon (Kagerguth) von einem Bestler aus Hohenstein aus einem verriegelten Schuppen gestohlen zu haben. Welche Täter wurden dem Polizeieinsatz zugeführt. Der Auffklärung bedarf auch die Frage, wie der Bestler in Hohenstein zu 2 Bentner Antimon, einem seltenen Metall, gekommen ist.

Beim Segeln ertrunken ist unweit des Roppoter Seefestes der 18jährige Lberleinbauer Hellmuth Wied, ältester Sohn eines Kaufmanns in Roppot. Ein plötzlicher Windstoß hatte das Boot zum Kentern gebracht.

Neue Telegraphenlinien im Freistaat. Pläne über die Errichtung von oberirdischen Telegraphenlinien an dem Landwege Krebsfelde—Lupahorst liegen bei dem Postamt in Liegenhof vier Wochen aus.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	7,15—20	am Vortage	7,20
Amer. Dollar :	286	" "	285
Englisches Pfund:	1270	" "	1260

Verantwortlich für Politik Ernst Roppot, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Erik Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Oliva. — Druck von J. Wehl & Co., Danzig.

Turnschuhe • Sandalen • Tennisschuhe

Damen weiße Leinen-Schnür- u. Spangenschuhe
M. 175.— 145.— 108.—

Damen R.-Chevreau-Halbschuhe
Lackkappe, amerikan. Absag. . . von M. 395.— an

Damen braune Chevreau-Halbschuhe
von M. 475.— an

Werner's
Schuhe und Stiefel

sind bekannt als elegant, solide und preiswert.

Herren braune Boxcalf-Schnürstiefel
von M. 395.— an

Kinder Rindbox-Schnürstiefel
Gr. 27/30 M. 175.—
Gr. 31/35 M. 195.—

Restposten!
Herren-Boxcalf-Halbschuhe
Nur Größe 44/46 M. 350.—



Zentrale: Gr. Wollwebergasse 2-3
Langgasse 10
Langfuhr: Hauptstraße 117
Zoppot: Seestraße 37 5836

Wichtige Bekanntmachungen.

Abgabe der Brot- und Mehlkarten.
Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptkarte Nr. 23 bei den Bäckern, Brot- und Mehlhändlern auszugeben. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß unvollständig gegangene Nahrungs-Hauptkarten (sowie Brotkarten nicht ersetzt werden. Findet in besonderen Ausnahmefällen ein Gefäß statt, so ist für jede ersetzte Nahrungs-Hauptkarte eine Gebühr von 10 Mk. und für jede Brotkarte eine Gebühr von 1 Mk. zu zahlen.

Danzig, den 5. Mai 1922. (6569)
Der Senat.
Städt. Ernährungsamt.

Gefrierfleischverkauf.

Der Verkauf des Gefrierfleisches, der in der letzten Zeit erheblich zugenommen hat, ist jetzt in folgender Weise geregelt worden:

1. Auf dem Schlachthof, Freibankgebäude, Eingang Vanggarter Wall, wird an jedem Mittwoch und Sonnabend, in der Zeit von 9-12 Uhr vormittags ein Verkauf stattfinden.

2. In der Markthalle wird an allen Tagen an den durch Plakate kenntlich gemachten Ständen - Nr. 5, 55, 61 und 121 - im oberen Raum Gefrierfleisch verkauft.

In sämtlichen Gefrierfleischverkaufsstellen wird Schweine-, Rinder- und Hammelfleisch verkauft.

Padpapier ist mitzubringen.
Danzig, den 5. Mai 1922. (6568)
Der Senat.
Städt. Ernährungsamt.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Freitag, den 5. Mai, abends 7 Uhr:
Dauerkarten A 1.

Die Dollarprinzessin

Operette in 3 Akten. Musik von Leo Fall. In Szene gesetzt von Erich Sterned. Musikalische Leitung: Ludwig Schiegl. Inspektion: Emil Berner. Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.

Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1. Liebe und Trompetenblasen. Lustspiel.

Sonntag, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Josef Schömmel vom Stadttheater in Trier als Gast. Lannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg.

Montag, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 1. Die Dollarprinzessin. Operette.

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann

Heute, Freitag, den 5. Mai, abends 7 1/2 Uhr
Kassenöffnung 6 Uhr

„Wiener Blut“

Sonntag, den 7. Mai
Wo die Liebe hinfällt.

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (6195)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Zentral-Theater

Langgasse 31 * Fernsprecher 1028

Ab heute 4 Uhr:

Der größte Film des Jahres!

Die Lou vom Montmartre!

Ein Jahr aus dem Leben einer Grisetelle
6 große Akte. — Hauptrollen:

Resel Oria, Elise Berna, Lottie Holgar, Eugen Kispfer, Ernst Hofmann, K. Falkenberg.

Ein Großfilm ersten Ranges!

Der Ruf der Liebe

Drama in 5 Akten mit (6567)

HENNY PORTEN

Wir bitten um den Besuch der 4-Uhr-Vorstellung.

Sämtl. Drucksachen

in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spandhaus 6. Telefon 3290

Odeontheater

Der große Kunstgenuss!
Das gewaltige Monumentalwerk mit der gelehrtesten temperamentvollen Schauspielerei
Pola Negri in der Hauptrolle.

„Carmen“

Großes Drama in 6 Akten. Mitwirkende:
Harry Liedtke - Sophie Sagay - Grete Dietz
Leopold v. Ledebur - Wilhelm Diegelmann
Margareta Kupfer - Heinrich Peer - Magnus Stiller
Dieses ist der letzte Film, der mit der großen Künstlerin in Danzig zur Auführung gelangt.

Zur Gedächtnisfeier des vor einigen Jahren viel zu früh verstorbenen großen Schauspielers **Valdemar Feylander** in dem großen Schauspiel

„Der tanzende Tor!“

Die Tragödie eines Pierrot in 4 Akten.
Große Gesangsanlagen!
Ein selten schönes Programm!
Wir bitten höflich,
die 4-Uhr-Nachmittagsvorstellungen zu besuchen.

Edentheater

Fortsetzung und Schlußteil des großen Weltstadiprogrammes.

Zur Warnung der Mütter, zur Aufklärung der Töchter!!!
Das große Sittengemälde!

Auf den Spuren des weißen Sklavenhandels
Ab heute!

Auf den Spuren des weißen Sklavenhandels

II. Teil
Durch Schiffsbruch zum Strande
Dramatisches Lebens- und Sittenbild in 6 inhaltsreichen Akten.

Wir machen das geehrte Publikum darauf aufmerksam, daß der 2. Teil an Spiel und Handlung den 1. Teil bei weitem übertrifft.

Atlas der Gewaltige

II. Teil: Der verräterische Handschuh
Großer Sensations-Abenteuerfilm in 6 Akten
Hauptdarsteller: **Mario Aulonia.**

Das zu erwartende Andrange wegen bitten wir im eigenen Interesse möglichst die 4 Uhr-Nachmittagsvorstellungen zu besuchen.

Wilhelm-Theater

Internationaler Artisten-Verband 1891 (L. V.)

Sicher wie Gold  Sektion Danzig

Sonnabend, den 6. Mai 1922, abends 8 Uhr

Grosser humoristischer Joldjungen-Familien-Abend

I. Konzert des Musikkorps der Schupokapelle unter persönl. Leitung des Obermusikmeisters Herrn Ernst Stieberitz.

II. **Varleté-Fest-Programm**
unter anderm Konzert-Sängerin **Marion-May Willy Riedel**, dasächs. Unikum m. s. neuen Schlagern
Dapsang, der berühmte Campanophon- und Gamelang-Künstler.

Marion-Behre Operetten-Duett.
Edda Dellbrügger Verwandlungstänzerin
FRITZ BÄR - A. REMBRANDT
Beliebte Humoristen und andere Spezialitäten-Nummern.

III. Ferner gelangt zur Aufführung:
Studenten-Streiche oder **In der Klemme**

Lustige Szene aus dem Studentenleben.
Text und Musik von Richard Mathos.

IV. Nach der Vorstellung:
Festball mit Ueberraschungen, Joldjungen in Fidellas

Lustige Gesänge und anderes mehr.
Tombola, Preis-Schießstand und Belustigungen aller Art
Anfang 8 Uhr präzis. Ende ???

Eintritt: Saalplatz 15 M., Logenplatz 20 M. im Vorverkauf bei Gebr. Freymann, Kohlenmarkt. Abendkasse erhöhte Preise
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
6536 **Das Festkomitee.**

Volkspflege

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Vereine

Sterbekasse. - Rein Pollicenverfall.

Wichtigere Tarife für Erwachsene und Kinder.

Auskunft in den Bureaus Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Gut möbliert. Zimmer

(mit auch ohne Pension) von jung. Mann z. mieten gesucht. Angeb. unter W an die Exped. d. Bl. (+)

Junger Mann (Danzig.) sucht einf. möbl. Zimmer

Offerten unter R 45 an die Expedition d. Bl. (+)

4 Bd. Dr. Bilz'sches Heilverfahren

zu verkaufen. Derschaw, Schildis, Oberstraße 86/87. Befähigt. von 6-7 Uhr. (+)



Alleinhersteller: Werner & Mertz A.-G. Mainz.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen

Zeitungslagerort, Zimmer 46.

Generalversammlung

den 8. Mai, 6 Uhr in der Aula der Petrischule Sanjanap.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Vortrag des Abgeordneten Kam. Gebauer.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig. Etwa zu diesem Tage einberufene Bezirksversammlungen fallen aus.

Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe

III. Teil:

Neue Zeit

von R. Beer
Preis 12.- Mark

Buchhandlung Volkswacht
Am Spandhaus 8 und Paradiesgasse 32

Bahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.
Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.

Institut für Zahnleidende

Telef. Pfefferstadt 71 I Telef. 2621
Durchgehende Sprechzeit von 8-7 Uhr.

Ufa



Vom 5. bis 11. Mai 1922:

Die Flucht vor dem Leben!!

Ein nordisches, ergreifendes Drama in 5 Akten.
In der Hauptrolle: **Alf Blücher**

Der Hoteldieb mit der vierten Hand

Eine seltsame Begebenheit in 5 spannenden Kapiteln.
Als Hauptdarsteller:
Der vortrefflich dressierte Schimpanse **Kapitän Jack**

Außerdem als Beiprogramm: (6564)
Ein 2-Akter-Lustspiel.

Vorführung 4 - 6 - 8 Uhr.

Metropol-Lichtspiele

Dominikswall 12.

3 Erstaufführungen!
Söhne der Hölle!

Abenteuerliche Sensationen in 5 Akten mit Fritz Kampers.

Die Diebesfalle!
Kriminal-Drama in 5 Akten. (6565)

Detektiv aus Liebe!
Lustspiel in 2 Akten mit Hansi Dege und Gerhard Dammann. Bestgewählte, gediegene Musik! Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Möbel jeder Art noch preiswert bei David

Altst. Graben 11 (6376)

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit

umgepreßt, gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6-7. (gegenüber der Markthalle). (6226)

Blei, Zinn u. Antimon

kauft in jeder Menge Danziger Salzsäure, Am Spandhaus 6.

Lumpen

zu Pufflappen geeignet, kauft Danziger Salzsäure, Am Spandhaus 6.

E. Balda

Wahkaufse Gasse 5a Ecke Gurbegasse. Telefon 2521.